

Offener Brief: Neues Asylgesetz verhindern - Flucht ist kein Verbrechen!

Sehr geehrte Damen und Herren,

die Bundesregierung plant mit der Gesetzesnovelle „*Entwurf eines Gesetzes zur Neubestimmung des Bleiberechts und der Aufenthaltsbeendigung*“ neue Einschränkungen für Schutzsuchende in Deutschland: So soll es in Zukunft leichter werden, Asylsuchende zu inhaftieren, insbesondere, wenn sie über einen anderen EU-Staat nach Deutschland eingereist sind. Des Weiteren soll es leichter werden, Schutzsuchende auszuweisen sowie Wiedereinreisesperren und Aufenthaltsverbote zu verhängen. Die Menschenrechtsorganisation Pro Asyl und andere Akteure haben dies bereits umfassend kritisiert. Eine Petition kann hier unterstützt werden: <https://www.proasyl.de/de/home/inhaftierung-von-schutzsuchenden-verhindern/>.

Das Netzwerk Asyl Migration Flucht aus Dresden wendet sich entschieden gegen das Gesetz in dieser Form. Während deutschlandweit Asylunterkünfte brennen und im Mittelmeer tausende Menschen sterben, will die Bundesregierung das Recht auf Asyl weiter beschneiden, Schutzsuchende kriminalisieren und Deutschland noch stärker abschotten. Mit diesem offenen Brief wenden wir uns direkt an die Sächsischen Bundestagsabgeordneten von CDU und SPD sowie an die Regierungsparteien in Sachsen: **Stoppen Sie dieses Inhaftierungsgesetz.**

Wir rufen alle Initiativen, Vereine, Gruppen, Verbände, Organisationen und Einzelpersonen in Sachsen dazu auf:

- **Unterstützen Sie uns und diesen offenen Brief mit ihrer Unterschrift: Schreiben Sie an namf@notraces.net. Die Unterstützer*innenliste wird auf unserem Blog ständig aktualisiert.**
- **Schreiben Sie Ihren Abgeordneten oder den Bundestagsfraktionen oder gehen Sie in Abgeordnetensprechstunden. Im Dokument finden Sie eine Liste der Bundestagsabgeordneten aus Sachsen mit Mail- und Postadressen sowie einen vorformulierten Brief, den Sie nutzen können.**

Das Gesetz soll bis zur Sommerpause durch den Bundestag. Bundesweit aber wächst der Druck und auch wir wollen hiermit ein Zeichen setzen. Wir, und viele Asylsuchende deutschlandweit, zählen auf Sie. **Flucht ist kein Verbrechen!**

Netzwerk Asyl Migration Flucht

Dresden, 6. Mai 2015

Kontakt: Stefan Stein

Tel: +491572430666

Mail: namf@notraces.net

Web: www.namf.blogspot.de

Hintergrund:

Im aktuellen Gesetzentwurf zum Bleiberecht und Aufenthaltsbeendigung (Bundestagsdrucksache 18/4097) plant die Bundesregierung die Einführung neuer Tatbestände für eine Inhaftierung im Falle eines Dublin-Verfahrens und die Ausweitung von Aufenthalts- und Wiedereinreiseverboten in bzw. nach Deutschland. Weiterhin sollen die Möglichkeiten für Ausweisungen erweitert werden. Von der Bleiberechtsregelung werden nur wenige Personen wirklich profitieren können.

Erleichterte Inhaftierung

Die Ausweitung der Inhaftierungsgründe von Menschen, die in Deutschland um Asyl nachsuchen und im Dublin-Verfahren sind, ist erschreckend: Mit dem Gesetz, dass sogar über den Regelungsgehalt der menschenunwürdigen Dublin-III-Verordnung hinaus geht, könnte eine Haft in Zukunft bei falschen oder fehlenden Identitätspapieren oder bei einer fehlenden Mitwirkung an einer Abschiebung verhängt werden. Es würde ausreichen, wenn die Person sich nicht zu Hause aufhält oder erklärt, dass sie nicht abgeschoben werden möchte. Sogar der Betrag, der an Schleuser gezahlt wurde, kann für eine Abschiebehaft relevant sein. Vollends absurd ist aber, dass Personen, die in einem anderen EU-Staat Asyl beantragt haben oder über diesen nach Deutschland eingereist sind, also typische Dublin-Fälle, allein schon deshalb in Haft genommen werden können, dass sie ein Dublin-Fall sind.

Ausweitung der Ausweisungsgründe und Aufenthalts- und Wiedereinreisesperren

Im Gesetz vorgesehen ist die erleichterte Ausweisung von verurteilten (oder mutmaßlichen) StraftäterInnen. Dafür würde in Zukunft eine einjährige Haftstrafe oder gar der bloße Verdacht einer Sicherheitsgefährdung, bspw. im Zusammenhang mit Terrorismus oder Hasspredigten ausreichen. Für eine Ausweisung könnte nun sogar das Verhalten der Personen in anderen EU-Staaten eine Rolle spielen. Hier setzt der Gesetzgeber schlichtweg um, was viele Anti-Asyl-Gruppen in Deutschland fordern: Kein Asyl für StraftäterInnen. Dazu passt auch der Versuch, ausgewiesene Personen mit Aufenthalts- und Wiedereinreisesperren zu belegen. Dies zielt, auch wenn es nicht direkt benannt wird, direkt auf die vorrangig aus dem Balkan stammenden Geflüchteten der ethnischen Minderheit der Roma, deren Asylbegehren regelmäßig als offensichtlich unbegründet abgelehnt wird, weil eine bloße Diskriminierung in ihren Herkunftsländern nicht ausreicht und deren Aussicht auf Asyl bereits durch die „Sichere-Herkunftsstaaten-Regelung“ praktisch verhindert wird. Auch wer nach einer Ablehnung nicht ausreist, könnte betroffen sein. So könnten in Zukunft Aufenthaltsverbote von 10 Jahren oder mehr verhängt werden. Dies könnte auch zur vermehrten Inhaftierung von Menschen führen, die erneut in die EU oder nach Deutschland einreisen. Personen mit einer Duldung, die eigentlich von einer vorgesehenen Bleiberechtsregelung profitieren könnten, könnten durch Aufenthaltsverbote damit von den günstigen Regelungen ausgenommen werden. Damit werden von Anfang an viele Menschen per Gesetz aus der Bleiberechtsregelung ausgenommen.

Unser Statement

Ein weiteres Mal versucht die Deutsche Bundesregierung, mit einer Abschiebungs-, Abschreckungs- und Inhaftierungspolitik auf die steigenden Zahlen von Asylsuchenden in Europa zu reagieren. Kreativ wird man in deutschen Ministerien offensichtlich besonders dann, wenn es darum geht, unliebsame Migration zu verhindern. Aber Flucht ist kein Verbrechen. Die Menschen, die in Zukunft inhaftiert werden können, haben bereits eine schier endlose Reise hinter sich, bevor sie in Deutschland angekommen sind. Was sie brauchen, ist keine Kriminalisierung und Haft, sondern ein funktionierendes Aufnahme- und Schutzsystem in der gesamten EU. Die Dublin-Verordnung, auf der Teile des Gesetzes basieren, muss aufgehoben werden, eine Dublin-Haft ist durch nichts zu rechtfertigen. Die Delegitimierung von Fluchtgründen von ethnischen Minderheiten aus den Balkanstaaten und die Vermischung von Asyl- und Strafrecht sind keine Grundlagen für eine menschenwürdige Flüchtlingspolitik.



Offener Brief – Entwurf zur individuellen Verwendung

Sehr geehrter Herr/ Sehr geehrte Frau ... ,

im aktuellen Gesetzentwurf zum Bleiberecht und Aufenthaltsbeendigung (Bundestagsdrucksache 18/4097) plant die Bundesregierung die Einführung neuer Tatbestände für eine Inhaftierung im Falle eines Dublin-Verfahrens und die Ausweitung von Aufenthalts- und Wiedereinreiseverboten in bzw. nach Deutschland. Weiterhin sollen die Möglichkeiten für Ausweisungen erweitert werden. Von der Bleiberechtsregelung werden nur wenige Personen wirklich profitieren können.

Das würde bedeuten, dass Menschen, die in Deutschland um Schutz nachsuchen, nur aus diesem Grund in Haft kommen können, weil sie beispielsweise nicht direkt nach Deutschland eingereist sind oder weil sie viel Geld für die Reise bezahlt haben. Von den Aufenthaltsverboten sind wieder besonders Schutzbedürftige Personen der ethnischen Minderheit der Roma betroffen, die bereits durch die Sichere-Herkunftsstaaten-Regelung und durch die konsequente Nichtanwendung der EU-Qualifikationsrichtlinie faktisch keine Chance auf einen Aufenthalt in Deutschland haben. Personen mit einer Duldung, die eigentlich von einer vorgesehenen Bleiberechtsregelung profitieren würden, könnten durch Aufenthaltsverbote damit von den günstigen Regelungen ausgenommen werden. Damit werden von Anfang an viele Menschen per Gesetz aus der Bleiberechtsregelung ausgenommen. Des Weiteren wird wieder der Versuch gemacht, Asyl- und Strafrecht miteinander zu verbinden.

Aber Flucht ist kein Verbrechen. Die Menschen, die in Zukunft inhaftiert werden können, haben bereits eine schier endlose Reise hinter sich, bevor sie in Deutschland angekommen sind. Was sie brauchen, ist keine Kriminalisierung und Haft, sondern ein funktionierendes Aufnahme- und Schutzsystem in der gesamten EU. Die Dublin-Verordnung, auf der Teile des Gesetzes basieren, muss aufgehoben werden, eine Dublin-Haft ist durch nichts zu rechtfertigen. Die Delegitimierung von Fluchtgründen von ethnischen Minderheiten aus den Balkanstaaten und die Vermischung von Asyl- und Strafrecht sind keine Grundlagen für eine menschenwürdige Flüchtlingspolitik.

Wir bitten Sie, im Bundestag gegen die Novellierung des Aufenthaltsgesetzes zu stimmen und dieses *Inhaftierungsgesetz* nicht Wirklichkeit werden zu lassen. Sie werden damit weiteres Leid und Ungerechtigkeiten schaffen, aber kein einziges der existierenden Probleme bei der Aufnahme von Asylsuchenden in Deutschland und der EU lösen und am Ende nur denjenigen weitere Argumente geben, die sich bereits gegen das europäische Schutzsystem aussprechen.

Mit freundlichen Grüßen,

...

Abgeordnete Sachsen

SPD

Name	Funktion/Themen	Adresse	Termine
<p>Thomas Jurk Görlitz</p>	<p>Landesgruppenchef, Energie, Finanzen, Bildung</p>	<p>Bürgerbüro Weißwasser: Prof.-Wagenfeld-Ring 74 02943 Weißwasser Bürgerbüro Görlitz Salomonstr. 25 02826 Görlitz thomas.jork@bundestag.de</p>	
<p>Susann Rührich Meißen</p>	<p>Familie, Senioren, Frauenm Arbeit</p>	<p>Oschatzer Straße 3 01127 Dresden Tel.: 0351 – 84 75 78 60 Fax.: 0351 – 84 75 78 61 susann.ruethrich@bundestag.de</p>	<p>Weitere Büros in Pirna, Meißen</p>
<p>Simone Raatz Mittelsachsen</p>	<p>Wissenschaft, Gleichstellung, öffentliche Vorsorge</p>	<p>Moritzstraße 16 (Zugang über Domgasse) 09599 Freiberg Tel: 03731-7980 980 Fax: 03731-7980 981 Email: simone.raatz@bundestag.de</p>	<p>Auch in Mittweide, Döbeln</p>
<p>Wolfgang Gunkel Erzgebirge</p>	<p>Polizei, Schusswaffen, Menschenrechte</p>	<p>Schneeberger Straße 20 08280 Aue Tel.: 03771/5648464 wolfgang.gunkel@wk.bundestag.de</p>	<p>Auch in Annaberg</p>
<p>Detlef Müller Chemnitz</p>	<p>Rente, Städtebau, Kinderrechte,... EU/Mittelmeer</p>	<p>Dresdner Straße 38 09130 Chemnitz 0371 4028772 detlef.mueller@bundestag.de</p>	
<p>Daniela Kolbe Leipzig</p>	<p>Ausschuss für Arbeit/Soziales BbB</p>	<p>Rosa-Luxemburg-Straße 19/21 04103 Leipzig Tel. 0341-2682010 Fax. 0341-2682013 daniela.kolbe.wk@bundestag.de</p>	

CDU

Name + WK	Funktion/Thema	Adresse	Sonstiges
Michael Kretschmer Görlitz	Bildung, Forschung, Kunst, Kultur und Medien Landesgruppenchef	Dresdner Str. 6 02826 Görlitz +49 3581 877690 michael.kretschmer@bun destag.de	Auch in Weißwasser
Bettina Kudla Leipzig	Finanzausschuss Stellv. Vorsitzende der Landesgruppe Sachsen	Stockstraße 6 04155 Leipzig Tel. (0341) 24676-055 bettina.kudla@bundestag.de	
Frank Heinrich Chemnitz	Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe (Obmann) Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung Stellv. Vorsitzender der Landesgruppe Sachsen	Markt 4 09111 Chemnitz Tel.: 0371 4952694 frank.heinrich@bundestag.de	
Marian Wendt Nordsachsen	Innenausschuss	Rosa-Luxemburg-Platz 2 04860 Torgau Tel.: 03421/ 7741140 marian.wendt@bundestag.de	Auch in Delitzsch, Ellenburg, Oschatz
Dr. Thomas Feist Leipzig	Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung	Brühl 33 04109 Leipzig Tel: 0341 – 3505895 thomas.feist@bundestag.de	Bürgersprechstunde Dienstag, dem 12. Mai 2015 von 15.00-17.00 Uhr statt
Katharina Landgraf Leipzig- Land	Ausschuss für Ernährung und Landwirtschaft	Friedrich-Ebert-Straße 25a 04416 Markkleeberg Tel.: (03 41) 3 54 21 20 katharina.landgraf@bundestag.de	Auch in Borna, Wurzen, Grimma

Dr. Thomas De Maiziére Meißen	Bundesminister des Innern	Salzgasse 2 01558 Großenhain 03522-529 729 Markt 7 01662 Meißen 03521-4769181 thomas.demaiziere@bundestag.de	
Maria Michalk Bautzen	Gesundheitsausschuss	Hohengasse 16 02625 Bautzen Tel.: (0 35 91) - 35 12 05 maria.michalk@bundestag.de	Auch in Hoyerswerda und Kamenz
Klaus Brähmig Sächsische Schweiz	Ausschuss für Tourismus, Auswärtiger Ausschuss Vorsitzender der Gruppe der Vertriebenen, Aussiedler und deutschen Minderheiten	Wahlkreisbüro Pirna Tel.: 03501/44 64 75 Wahlkreisbüro Freital Tel.: 0351/6 58 56 35 klaus.braehmig@bundestag.de	
Andreas Lämmel Dresden	Ausschuss für Wirtschaft und Technologie (Obmann)	An der Kreuzkirche 6 (1. OG rechts) 01067 Dresden Telefon: 03 51 / 802 5943 andreas.laemmel@bundestag.de	Sprechstunde monatlich, z.B. am 12. Mai 2015 von 14.30 - 16.30 Uhr Ort: An der Kreuzkirche 6, 01067 Dresden, 1. Etage rechts
Arnold Vaatz Dresden	Stellvertretender Fraktionsvorsitzender für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung sowie für Menschenrechte	An der Kreuzkirche 6 01067 Dresden 0351 – 21359842 arnold.vaatz@bundestag.de	
Veronika Bellmann Mittelsachsen	Ausschuss für Verkehr und digitale Infrastruktur	Erbische Straße 5 09599 Freiberg Tel: (03731) 212967 veronika.bellmann@bundestag.de	
Marco Wanderwitz Chemnitzer Umland	Ausschuss für Kultur und Medien, Ausschuss für Recht und Verbraucherschutz	Dresdner Str. 29, 09337 Hohenstein-Ernstthal, (03723) 66 74 50; Auch in Stollberg/ Burgstädt	Sprechstunden: http://www.wanderwitz.de/sprechstunden-und-stammtische/

	Vorsitzender AG Kultur und Medien	marco.wanderwitz@bundestag.de	
Günter Baumann Erzgebirge	Petitionsausschuss, Innenausschuss Vorsitzender AG Petitionen	Buchholzer Straße 34 09456 Annaberg- Buchholz 03733 / 28 85 72 guenter.baumann@bundestag.de	Auch in Aue und Marienberg
Carsten Körber Zwickau	Haushaltsausschuss	Hauptstraße 28 08056 Zwickau Telefon 0375 - 29 17 79 carsten.koerber@bundestag.de	
Robert Hochbaum Vogtland	Verteidigungsausschuss	Am Markt 7 08223 Falkenstein Telefon: 03745 – 77 239 robert.hochbaum.wk@bundestag.de	
Yvonne Magwas Listenplatz	Ausschuss für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit Ausschuss für Kultur und Medien	Altmarkt 4 08209 Auerbach Telefon: 03744/3649828 Fax: 03744/3649829 yvonne.magwas@bundestag.de	Bürgersprechstunde: 13.05.2015, 15 Uhr – 17 Uhr